

Die Weltwirtschaftskrise war die bisher größte Krise des kapitalistischen Systems. Auslöser war ein extremer Rückgang der Aktienkurse aufgrund eines sehr hohen Anteils spekulativer, kreditfinanzierter Aktienkäufe (New Yorker Börsenkraich von Oktober 1929; Schwierigkeiten kreditgebender Banken; Kündigung von Krediten gegenüber Produktionsunternehmen, die dadurch ebenfalls in Zahlungsschwierigkeiten gerieten und häufig Konkurs anmelden mußten). Hinzu kamen schlecht geordnete internationale Wirtschafts- und Währungsbeziehungen, hohe Einfuhrzölle in den USA, wodurch die Schuldnerländer, insbesondere Deutschland, gehindert wurden, die Kredite (bes. infolge der hohen Reparationsleistungen) durch Warenlieferungen zurückzuzahlen. Es entstanden Überproduktion und Absatzkrisen, Folgen der Krise: Rückgang des Sozialprodukts von 75 auf 45 Milliarden Reichsmark, Anstieg der Arbeitslosigkeit bis 1932 auf 6 Millionen (jede dritte Erwerbsperson war ohne Arbeit); Sparprogramm der Regierung *Brüning* (1930-1932): Steuererhöhung, Kürzung der Staatsausgaben zur Vermeidung eines Haushaltsdefizits; dadurch Verringerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und der unternehmerischen Absatzmöglichkeiten, was wiederum zu mehr Arbeitslosigkeit führte.

„Angesichts äußerster Bedrohung des marktwirtschaftlich-kapitalistischen Systems in der Weltwirtschaftskrise hat sich bei mehr und mehr Politikern und Ökonomen das Bewußtsein ausgebreitet, daß das liberale Modell des Verhältnisses von privater Wirtschaft und Staat nicht länger den Erhalt dieser Wirtschaftsordnung sichern könne. Als repräsentativ für diese Einstellung kann der englische Ökonom *John Maynard Keynes* (1883-1946) angesehen werden“ (E. Hass, a. a. O., S. 6)

Keynes, der bereits vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise sein Modell von der Steuerungsfunktion des Staates in der Gesamtwirtschaft gegen den heftigen Widerstand der ‚Altliberalen‘ vertreten hatte,

veröffentlichte 1936 sein Buch ‚Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes‘. Er entwickelte darin die Grundlagen für einen konjunkturpolitischen Staatsinterventionismus mit dem Ziel, Konjunkturschwankungen auszugleichen und vor allem Arbeitslosigkeit zu vermeiden. (Seine Theorien, die die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik stark geprägt haben, werden uns im nächsten Kapitel noch beschäftigen.)

Zum Abschluß dieses Kapitels sollen noch einige Charakteristiken der Sozialen Marktwirtschaft zusammengefaßt werden. Nach dem, was bisher über die Soziale Marktwirtschaft gesagt wurde, versucht dieses Wirtschaftsordnungsmodell eine *Synthese* zwischen *wirtschaftlicher Freiheit* auf der einen Seite und *sozialer Gerechtigkeit* auf der anderen. Unter wirtschaftlicher Freiheit wird dabei folgendes zusammengefaßt:

- freie unternehmerische Betätigung (Gewerbefreiheit, Freiheit der Eigentumsnutzung, Produktions- und Handelsfreiheit, aber auch volle Haftung);
- freie Konsumwahl;
- Freiheit der Berufs- und Arbeitsplatzwahl;
- Wettbewerbsfreiheit, das heißt die Freiheit jedes Marktteilnehmers, sich neben anderen um das gleiche Ziel zu bemühen.

der Sozialen Marktwirtschaft folgendes:

- die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft, die die Voraussetzung eines „Wohlstandes für alle“ schaffen und wirtschaftliche Freiheitsrechte gewährleisten; die nur an den Rechten Dritter ihre Schranke finden;
- die Beschränkung der Marktfreiheit, wenn zu sozial unerwünschten Folgen führt, um die Korrektur der Ergebnisse des freien Wirtschaftsprozesses, wenn sie sozial erwünscht sind (wobei die eigenverantwortliche Daseinsicherung prinzipiell vorrangig bleibt).

In dem Schema unten wird die Entwicklung Liberalismus zum Modell der Sozialen Marktwirtschaft noch einmal stichwortartig zusammengefaßt.

Wesentliche Kennzeichen	Theoretische Entwicklung	Verhältnis Staat - Wirtschaft
<p>Liberalismus</p> <p>Das „freie Spiel der Kräfte“ führt jeweils zum Marktgleichgewicht. Der freie Wettbewerb gewährleistet die beste Verteilung der Güter und Dienstleistungen.</p>	<p>Ca. 1770, vor allem durch Adam Smith</p> <p>Um 1930 durch die „Freiburger Schule“ (Walter-Eucken u.a.)</p>	<p>Politik des „laissez faire“: Nichtmischung des Staates in die Wirtschaft, nur Setzung eines allgemeinen rechtlichen Rahmens</p> <p>Ordnungspolitik des Staates: Sicherstellung einer Wettbewerbsordnung durch regulierende marktkonforme staatliche Eingriffe</p>
<p>Neo-Liberalismus</p> <p>Unter der Voraussetzung der Verwirklichung einer Wettbewerbsordnung (mit vollständiger Konkurrenz auf der Grundlage von Privateigentum) vollzieht sich der Wirtschaftsprozess prinzipiell automatisch.</p>	<p>Ab 1948 Weiterentwicklung des Neo-Liberalismus vor allem durch Alfred Müller-Armack</p>	<p>Ergänzung der Ordnungspolitik durch staatliche Maßnahmen zur sozialen Sicherheit und zur sozialen Gerechtigkeit</p>
<p>Soziale Marktwirtschaft</p> <p>Synthese zwischen wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit: Lenkung des Wirtschaftsprozesses durch den Markt und Ergänzung durch staatliche Politik zur Korrektur unerwünschter Folgen</p>		